

Satzung der APPD

Präambel

Name, Sitz, Ursprung und Tätigkeitsgebiet der Partei
Aufnahme, Austritt und Ausschluß von Mitgliedern
Finanzordnung
Rechte und Pflichten der Ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen
Rechte
Pflichten
Rechte und Pflichten der Unordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen
Die Rituale der APPD

Die Gliederung der Partei und ihre Organe

Gliederung
Mitglieder- und Vertreterversammlungen
Der Bundesvorstand
Die Landesvorstände
Der Pogofinanzrat
Die Schiedsgerichte
Auflösung der APPD oder Verschmelzung mit anderen Parteien

Anhang

Schiedsgerichtsordnung

Nachfolgende SATZUNG der APPD wurde auf den Parteitagen der APPD vom 7. Februar 1998 und 22. März 1998 und 18.01.2004 und 03. Mai 2008 beschlossen. Sie wurde erstellt, um das Parteileben in einer gekonnten Mischung aus juristischen Finessen und pogo-anarchistischer Lustpolitik perfekt zu organisieren und gleichzeitig die Teilnahme an der Bundestagswahl zu ermöglichen.

gez.: **Der Vorstand der APPD**

Präambel

Die deutschen Pogo-Anarchisten sind entschlossen, die Einheit der sog. "Asozialen" in Deutschland zu verwirklichen und die dieser Bevölkerungsschicht innewohnenden Kraft zu innovativen Visionen in eine für alle gesellschaftlichen Schichten nutzbringende Politik umzusetzen. Zu diesem Zweck wurde 1981 die "Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands" (APPD) in Hannover gegründet. Die APPD verpflichtet sich allen gescheiterten Existenzen und wendet sich in erster Linie an die bisherigen Nichtwähler und fordert eine lustvolle Umgestaltung der Gesellschaft.

Die APPD tritt daher ein für Frieden, Freiheit und Abenteuer sowie das Recht auf Arbeitslosigkeit. Sie kämpft für die regionale Neugliederung Deutschlands und will allen Menschen ein Leben in Wohlstand und Selbstverwirklichung bei vollkommener Selbstbestimmung und Chancengleichheit verschaffen. Mit einer Kombination aus Digitalisierung des täglichen Lebens und Wiederherstellung des menschlichen Urzustandes will die APPD die Befreiung des Menschen von allen krankmachenden zivilisatorischen Zwängen auf parlamentarisch-demokratischem Wege durchsetzen.

Diese Befreiung wird von der APPD auch als "Rückverdummung" bezeichnet und steht als Gegenbild zur künstlichen und weit verbreiteten, von der APPD angeprangerten "Verblödung". Die APPD sieht es deshalb auch als ihre Aufgabe an, mit dieser Satzung lust- und lebensfeindlicher

Politik entgegenzuwirken und den Bürgern die Möglichkeit zu verschaffen, sich anhand von Formulierung und Inhalt der einzelnen Satzungsbestimmungen ein lebendiges Bild einer von starrer Bürokratie und beklemmendem Politikwahnsinn befreienden Politik zu machen. Die APPD als Partei der Nichtwähler sieht sich so auch als unverzichtbare Hilfe für alle von traditioneller Politik geschädigten Menschen und gegen die oft beklagte "Politikverdrossenheit".

§1. Name, Sitz, Ursprung und Tätigkeitsgebiet der Partei

a)Der Name der Partei ist **Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands**. Die Kurzform lautet **APPD**.

b)Die APPD als bereits seit 1981 bestehende bundesweite Vereinigung von Pogo-Anarchisten wird mit Beschluß des Parteigründungsparteitages vom 7.2.98 eine Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und des Parteiengesetzes.

Sie vereinigt Mitglieder ohne Unterschied der Herkunft, des Geschlechts, der Lebensform, der Pogo-Rasse oder des religiösen Bekenntnisses und ist eine Vereinigung von Pogo-Anarchisten in Deutschland mit dem Ziel der Verwirklichung des föderalen Prinzips der Bundesrepublik Deutschland nach pogoanarchistischen Grundsätzen. Die Kurzform lautet APPD. Die Kurzform wird auch in der Satzung verwendet, sofern sie benötigt wird.

c)Die APPD als Partei im Sinne des Parteiengesetzes ist Nachfolgeorganisation der gleichnamigen Hamburger Wählervereinigung sowie der seit 1981 bestehenden bundesweiten Vereinigung mit dem Namen APPD. Alle bisher dort eingetragenen Mitglieder werden automatisch Mitglieder der APPD als Partei im Sinne des Parteiengesetzes, sofern die jeweiligen Mitglieder nichts gegenteiliges für sich entscheiden.

d)Sitz der Partei ist die Stadt Berlin, ehemalige Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik zzgl. der ehemaligen selbständigen politischen Einheit Westberlin, dem derzeitigen Sitz der amtierenden bundesdeutschen Regierung, ehemaliger Sitz des deutschen Kaisers, gegründet im Jahre 1238 aus den Städten Berlin und Cölln. Der Vorstand kann für die Geschäftsstelle einen anderen Sitz bestimmen.

e)Das Tätigkeitsgebiet ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in ihren jeweils aktuellen Grenzen.

§2. Aufnahme, Austritt und Ausschluß von Mitgliedern

a)Die in der APPD organisierten Kreaturen werden als Kamernossen und Kamernossinnen bezeichnet, wobei Personen mit Parteimitgliedschaft im Sinn des Parteiengesetzes als ordentliche Kamernossen und Kamernossinnen bezeichnet werden, alle anderen hingegen als unordentliche Kamernossen und Kamernossinnen. Die APPD beabsichtigt mit dieser Regelung, auf die Situation von bislang diskriminierten und gehetzten Menschen, Tieren und sonstigen Lebewesen aufmerksam zu machen. Weiter will sie zu verhindern helfen, daß weiter ständig über die Köpfe dieser Kreaturen hinweg über deren Schicksal entschieden wird.

b)Ordentlicher Kamernosse und ordentliche Kamernossin der APPD kann jede natürliche Person werden, die das 16. Lebensjahr selbstständig vollendet hat und sich zur Satzung der APPD bekennt.

c)Ordentliche Kamernossen und Kamernossinnen können aber prinzipiell nur solche Personen werden, bei denen uns die derzeitige gesetzliche Regelung eine volle Mitgliedschaft nicht verbietet. Menschen, denen Wählbarkeit und Wahlrecht durch Richterspruch aberkannt wurde, können demzufolge nur unordentliche Kamernossen und Kamernossinnen werden.

d)Unordentliche Kamernossen und unordentliche Kamernossinnen sind demzufolge keine Mitglieder der APPD im Sinne des Parteiengesetzes. Nichtsdestotrotz haben sie einen besonderen Status innerhalb der APPD, der es ihnen ermöglicht, einen respektierten Platz innerhalb der

pogooanarchistischen Gemeinschaft zu finden.

e) Unordentlicher Kamernosse und unordentliche Kamernossin der APPD können jene werden, die im allgemeinen Sprachgebrauch als "Lebewesen" oder "Ding" bezeichnet werden, deren Aufnahme aber ein ordentlicher Kamernosse oder eine ordentliche Kamernossin schriftlich beantragt. Lebewesen und Dinge brauchen sich in Ermangelung der Fähigkeit zu sprechen nicht ausdrücklich zu Satzung der APPD bekennen. Für Ungeschlechtliche kann die Bezeichnung Kamernossa benutzt werden.

f) Weitere Sonderfälle sind nach Absprache mit dem Vorstand sowie Bestätigung durch die Mitglieder-/Vertreterversammlung der betroffenen Gliederung möglich.

g) Die Mitgliedschaft in anderen Parteien und Vereinen ist einer allgemeinen Aufnahme in die APPD nicht hinderlich, ebenso wenig wie Schwachsinn, Deбилität oder Altersstarrsinn.

h) Antrag auf Aufnahme in die APPD ist schriftlich an die Mitgliederverwaltung des zuständigen Landesverbandes der APPD zu stellen. In Ermangelung eines Landesverbandes ist der Aufnahmeantrag an die APPD Mitgliederverwaltung zu richten. Analphabeten haben ersatzweise die Möglichkeit, ihren Aufnahmeantrag mit Hilfe audiovisueller Techniken (z.B. Video / Tonband / CD / Compactcassette) zu übermitteln.

i) Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Landesvorstand oder ggf. der Bundesvorstand unter Berücksichtigung aller ihm zugetragenen Informationen über die Kandidaten und teilt diesen ihre Aufnahme schriftlich mit.

j) Es besteht kein Anspruch nach Aufnahme in die APPD. Ablehnungen von Bewerbern müssen daher nicht begründet werden.

k) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluß oder Tod. Die Mitgliedschaft von Mitgliedern mit Beitragspflicht endet bei Nichterfüllung der Beitragspflicht. Für Landesverbands- und Cyberspace-Backbone-Mitglieder gelten die Regelungen in der für sie gültigen Satzung des Landesverbandes oder Cyberspace-Backbones.

l) Der vorzeitige Austritt bedarf in jedem Falle der Schriftform, es erfolgt keine Rückerstattung der geleisteten Beiträge. Mit Erreichen des Parteivorstandes wird er wirksam. Verzögerungen sind an Sonn- und Feiertagen sowie während der Großen Ferien möglich. Ein Austritt aus der APPD ist jederzeit vollstreckbar.

m) Mit Ende der Mitgliedschaft erlischt jeder Anspruch gegen die APPD auf psychologische Betreuung und etwaige Zusagen für die Zeit nach der Regierungsübernahme der APPD. Parteiinterne Unterlagen und Parteieigentum jeglicher Art sind unverzüglich zurückzugeben.

n) Kamernossen und Kamernossinnen können aus der APPD ausgeschlossen werden, wenn sie den Zwecken und Zielen der APPD zuwiderhandeln oder die Ehrenmitglieder öffentlich in ihrem Ansehen herabwürdigen. Der Antrag auf Ausschluß aus der APPD kann durch jeden ordentlichen Kamernossen und jede ordentliche Kamernossin beim Schiedsgericht eingereicht werden.

o) Andere durch ein APPD-Schiedsgericht gefällte Ordnungsmaßnahmen können sein:
- Herabstufung auf den Status einer Karteileiche;
- zeitlich limitierter Ausschluß von der parteiinternen Rückverdummung und anderem Pogo-Treiben;
- Aberkennung von Parteiämtern, Posten und Pöstchen sowie rückwirkende Streichung aus den Parteiannalen.

p) Bei den Entscheidungen der APPD-Schiedsgerichte ist stets der Grundsatz "Klare Orientierung durch Eiserne Gerechtigkeit" zu beachten und die naturgemäße Einteilung der APPD-Mitglieder in

Karteileichen, Mitläufer und fanatische Einpeitscher mildernd zu berücksichtigen.

q) Alle Entscheidungen von APPD-Schiedsgerichten müssen schriftlich begründet bzw. im Fall von Analphabeten zusätzlich mit Hilfe audiovisueller Techniken aufgenommen werden.

r) Über einen möglichen Ausschluß entscheidet zunächst das zuständige Landesschiedsgericht, wobei die Berufung an das Bundesschiedsgericht gewährleistet wird.

s) In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges, selbstloses und beherztes Eingreifen erfordern, kann der Vorstand der Partei oder einer Gliederung einen Kamernossen oder eine Kamernossin von der Ausübung seiner/ihrer Rechte bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes ausschließen.

t) Weitere Regelungen finden sich in der Schiedsgerichtsordnung in Anhang 1

§3. Finanzordnung

a) Die APPD ist eine Kommerzpartei. Darunter wird verstanden, daß die APPD zwar mit allen erdenklichen Mitteln versucht, Gelder, Sach- und Dienstleistungen zusammenzuraffen, selbige aber im Rahmen lustvoller und pogo-anarchistischer Politik ohne Bedenken verprasst werden können und auch sollen.

b) Die Finanzierung der APPD geschieht in erster Linie durch geldwerte Zuwendungen, des weiteren durch Spenden, staatliche Zuschüsse und das kreative Ausloten weiterer und innovativer Geldquellen. Die Finanzierung der Landesverbände geschieht unter Berücksichtigung des Parteiengesetz eigenverantwortlich.

c) Die APPD richtet sich mit ihrer Politik zuvorderst an diejenigen Menschen, die aufgrund ihrer Ablehnung von harter und regelmäßiger Arbeit finanziell eingeengt sind und hält es für unzumutbar, die eigenen Kamernossen und Kamernossinnen mehr als notwendig finanziell zu belasten. Die Landesverbände können selbst frei entscheiden ob und in welchem Umfang sie Beiträge zur Mitgliedschaft erheben. In Bundesländern, in denen kein Landesverband existiert, erhebt der Bundesverband Beiträge zur Mitgliedschaft gemäß folgender Staffelung:
Der Mitgliedsbeitrag ist immer nur für 12 Monate im Voraus zu entrichten.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1,- Euro pro Monat. Beiträge über 1,- Euro sind freiwillige Mehrzahlungen. Mit der Höhe des freiwilligen Mehrbeitrags steigt das Ansehen innerhalb der APPD.

Die Beiträge zur Mitgliedschaft sind Eigentum des jeweils eintreibenden Landesverbands, in Ermangelung dieser der Bundesverband.

d) Der Parteiausweis ist nicht in der Mitgliedschaft enthalten und kann bei der zuständigen Mitgliederverwaltung der Landesverbände oder ggf. bei der Bundesmitgliederverwaltung bestellt werden.

e) Weitere Grundlagen der Finanzierung der Parteiarbeit sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Festlegungen des Parteiengesetzes.

f) Alle Mitglieder, insbesondere die Vorstandsmitglieder, sind für die strikte Einhaltung der Gesetze gemäß dem APPD-Motto "Legal, legal immer legal!" verantwortlich. Für die satzungsgemäße Verwaltung und Verwendung der Parteigelder sind die jeweiligen Landesvorstands- bzw. die Bundesvorstandsmitglieder verantwortlich.

g) Mindestens einmal jährlich sind die Bundes- und Landesvorstände verpflichtet, Rechenschaft über die Finanzen zu geben. Verantwortlich für die Erstellung der Rechenschaftsberichte sind die Schatzmeister/innen der jeweiligen Gliederung. Falls diese wegen erwiesener Unfähigkeit die

fristgerechte Abgabe nicht gewährleisten können, kann ein anderes Vorstandsmitglied provisorisch die administrativen Aufgaben bei der Erstellung des Rechenschaftsberichts übernehmen.

h) Der Bundesschatzmeister oder die Bundesschatzmeisterin sorgt für die fristgerechte Vorlage des Rechenschaftsberichts gemäß dem sechsten Abschnitt des Parteiengesetzes bei dem Präsidenten/der Präsidentin des Deutschen Bundestages. In diesem Zusammenhang haben die nachgeordneten Gliederungen für eine rechtzeitige Vorlage ihrer Rechenschaftsberichte beim Bundesvorstand zu sorgen.

i) Der Bundesverband und die Landesverbände sind zur Annahme von Spenden berechtigt. Hierbei spielt es keine Rolle, ob diese in Form von finanziellen Mitteln, Geschenken oder Getränken überreicht werden. Ausgenommen davon sind lediglich Spenden, die im Sinne von §25 Parteiengesetz unzulässig sind. Diese sind unverzüglich an das Präsidium des Deutschen Bundestages weiterzuleiten. Was anschließend mit diesen Geldern geschieht, steht nicht im Parteiengesetz.

j) Die Auszahlung der staatlichen Mittel für die bei Landtags-, Bezirks-, Kreistags-, und Kommunalwahlen erzielten gültigen Stimmen erfolgt an den jeweiligen Landesverband, der sie nach eigenem Gutdünken satzungsgemäß und pogo-anarchistisch verwenden darf. Die Auszahlung der übrigen staatlichen Mittel erfolgt an die Bundespartei.

§4. Rechte und Pflichten der ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen

Alle Rechte und Pflichten treten mit Eintritt in die APPD in Kraft und erlöschen mit dem Austritt.

§4.1. Rechte

a) Alle ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen haben das Recht, durch Beteiligung am Diskussionsprozeß sowie Teilnahme an pogo-anarchistischer Kultur (trinken, spielen, geschlechtliches Treiben, Pogo-Tanz, laute Musik etc.) sowie parteiinternen Wahlen und Abstimmungen am politischen Willensbildungsprozeß in der APPD teilzunehmen.

b) Alle ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen haben das Recht, innerhalb und außerhalb der APPD die Positionen der APPD mitzutragen und ihre Ziele und Grundsätze zu unterstützen.

c) Alle ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen haben gleiches Stimmrecht, unabhängig vom jeweiligen Intelligenz- oder Rückverdummungsgrad.

d) Alle ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen haben das Recht,
-auf APPD Internet-Webseiten mit anderen Mitgliedern zu kommunizieren, ausdrücklich ausgenommen hiervon sind Aufrufe zum Rassenhass, Gewalt, deren Verherrlichung und Diffamierung anderer.

-öffentliche Reden im Sinne der APPD zu halten, auch im betrunkenen und berauschten Zustand.

-die Ehrenmitglieder der APPD um Rat zu fragen.

-auf totale und ultimative Rückverdummung.

-durch die Partei im Rahmen ihrer Fähigkeiten gefordert zu werden.

§4.2. Pflichten

a) Alle ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen haben allen Ehrenmitgliedern mit dem ihnen gebührenden Respekt zu begegnen.

b) Alle APPD-Parteischriften müssen die APPD-Layoutrichtlinien befolgen, also in schwarz-weiß

gedruckt bzw. in den Schriften Poppl-Laudatio, Koch Fraktur und Fraktur BT gesetzt sein. Diese Regelung dient der Vermeidung von überflüssiger Arbeit. Wer Schriften als offizielle Parteischriften ausgibt und diese nicht im pogo-anarchistischen Layout verfasst, verhält sich parteiwidrig.

c)Es ist die Pflicht aller ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen, neue Erkenntnisse über das schnellere Erreichen des Zustandes der totalen Rückverdummung sofort dem Parteivorstand mitzuteilen.

d)Alle ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen haben den Vorstand ihres Landesverbands oder ggf. den Vorstand des Bundesverbands unverzüglich über Änderungen der Anschrift, Name, Vorname, Künstlernamen, Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Steuerklasse, Familienstand, geistigen Zustand, Religionszugehörigkeiten, Krankenkasse, Solvenz, Geschlecht, Konsumverhalten, Führerscheinbesitz, Lotteriegewinn, Millionenerbe, Lebensart, Lebensstil, sexuelle Orientierung und andere Parteienzugehörigkeit sowie eventuelle Straftatbestände zu informieren, anderenfalls droht eventuell der Parteiausschluss durch ein Schiedsgericht.

e)Alle ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen sind gehalten, aktiv am Parteileben mitzuwirken indem sie für die Pogo-Anarchie werben, Mitglieder anwerben, neue Geldquellen anzapfen und sich aktiv an der inhaltlichen Arbeit in den Parteigremien zu beteiligen.

f)Alle ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen haben die Pflicht, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten gemäß der APPD-Satzung die Digitalisierung des täglichen Lebens zu vollziehen. Gesetzeswidrige Verschlüsselungsmethoden beim Versand von E-Mail sind hierbei im Rahmen der Parteiarbeit strengstens verboten, um den bundesdeutschen Geheimdiensten jederzeit Einblick in die absolute Legalität unseres Wirkens verleihen zu können. Auch hier gilt die APPD-Kurzformel "Legal, legal, immer legal!".

§4.3. Rechte und Pflichten der unordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen

a)Unordentliche Kamernossen und Kamernossinnen haben das Recht, auf Parteiversammlungen mitgeführt zu werden.

b)An den eigentlichen Parteigeschäften haben unordentliche Kamernossen und Kamernossinnen keine Beteiligung.

§5. Die Rituale der APPD

a)Die APPD empfiehlt allen Kamernossen und Kamernossinnen, im Sinne der Vertiefung von Sinn und Zweck der Pogo-Anarchie das wiederholte und intensive Studium pogo-anarchistischer Schriften, von Heftromanen und Comics sowie das vitalisierende Aufsingen der Parteihymne. Auch der soziale Kontakt mit Kamernossen und Kamernossinnen durch Teilnahme am pogo-kulturellen Miteinander dient dem politischen Vorwärtskommen der APPD.

§6. Die Gliederung der Partei und ihre Organe

§6.1. Gliederung

a)Die APPD gliedert sich in

- 1.Landesverbände entsprechend den Gebieten der Länder der Bundesrepublik Deutschland in ihren jeweils aktuellen Grenzen.
- 2.nachgeordnete Bezirksverbände entsprechend den Gebieten der Regierungsbezirke in ihren jeweils aktuellen Grenzen.
- 3.nachgeordnete Kreisverbände entsprechend den kommunalen Gliederungen

- 4.nachgeordnete Ortsverbände entsprechend den kommunalen Gliederungen
- 5.Virtuelle Cyberspace-Verbände, die sich im Internet nach Gutdünken organisieren können, zusammen aber einen pogo-anarchistischen Cyberspace-Backbone bilden.

- b)Alle Gliederungen der APPD haben im Rahmen pogo-anarchistischer Grundsätze Satzungsautonomie und können eigene programmatische Vorstellungen entwickeln, um der regionalen Politik der APPD ein werbewirksames Lokalkolorit zu verleihen. Satzungen von Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden gelten für Mitglieder welche ihren Hauptwohnsitz im selbigen haben. Mitglieder in einem Cyberspace-Verband gliedern sich aus den Satzungen der Gebietsverbände aus. Für Mitglieder in Cyberspace-Verbänden gelten deren eigene Satzung, die des Cyberspace-Backbones und die APPD-Satzung. Mitglieder welche sich ausdrücklich einer Gliederung nicht zuordnen wollen, können dies beim nächsthöheren oder beim Bundesvorstand schriftlich bekannt geben.
- c)Alle Gliederungen der APPD schaffen sich ihre Organe, Ressorts, Referate, Arbeitsgruppen, Räte, Ausschüsse, Kammern, Gremien, Pöstchen, Posten usw. im Rahmen dieser Satzung oder der für die Gliederung beschlossenen Satzung.
- d)Landesverbände beschließen im Rahmen ihrer ordentlichen Landesparteitage über die Aufstellung von Wahlkreis- und Landeslisten bei Bundestags- und Landtagswahlen und reichen sie durch ihre Vorstände bei den zuständigen Wahlleitungen ein.
- e)Landesverbände, ggf. Bundesverband, beschließen im Rahmen ihrer Mitglieder- oder Vertreterversammlung über die Aufstellung von Direktkandidaten bei Bundestags- und Landtagswahlen, wobei die Einreichung der Wahlvorschläge bei den zuständigen Wahlleitungen durch die Vorstände der jeweiligen Landesverbände, ggf. Bundesverband, erfolgt.
- f)Gliederungen, die in ihrem Wirken und ihren Beschlüssen dem Ansehen von Partei, Ehrenmitgliedern oder den Möglichkeiten von pogo-anarchistischer Kommerzialisierung und Werbewirksamkeit schweren Schaden zufügen, können durch einen mit Zweidrittelmehrheit gefällten Beschluss der jeweils übergeordneten ordentlichen Hauptversammlung oder des ordentlichen Landesparteitages aufgelöst werden.
- g)Die Mitgliedschaft der einzelnen Kamernossen und Kamernossinnen bleibt davon unberührt.
- h)Gegen den Auflösungsbeschluss kann beim zuständigen Schiedsgericht Widerspruch eingelegt werden. Gegen deren Entscheidung kann Widerspruch bis zum Bundesschiedsgericht eingelegt werden. Bis zur abschließenden Entscheidung ruht das Recht der betroffenen Gliederung, die Ziele der Partei in der Öffentlichkeit zu vertreten sowie parteieigene Gelder zu verprassen.

§6.2. Mitglieder- und Vertreterversammlungen

- a)Die Bundesversammlung der APPD, der ordentliche Parteitag, ist das oberste beschließende Organ der Partei und dient der Weiterentwicklung und Zementierung pogo-anarchistischem Lebensgefühls.
Er ist das lustvollste Ereignis für alle Kamernossen und Kamernossinnen der Partei und sollte auch in diesem Geiste zelebriert werden, denn er bietet die Möglichkeit, allen Menschen das von der APPD vertretene Politikverständnis plastisch zu veranschaulichen.
- b)Der ordentliche Parteitag der APPD tritt mindestens einmal in zwei Jahren zusammen. Seine Wahlperiode dauert bis zur Konstituierung des folgenden Parteitages.
- c)Die Einberufung des ordentlichen Parteitages der APPD, zu dem die Teilnehmer schriftlich eingeladen werden, sollte mindestens 28 Tage vor Ende der Wahlperiode erfolgen.

d)Der ordentliche Parteitag der APPD in Form einer Vertreterversammlung setzt sich zusammen aus:

- in paritätischer Anzahl, den von den Landesverbänden und dem Cyberspace-Backbone gewählten Vertretern.
- den erschienenen Mitgliedern des Bundesvorstandes, mindestens ein Vorstandsmitglied.
- den erschienenen Ehrenmitgliedern
- den erschienenen Mitgliedern des Bundesschiedsgerichts
- den erschienenen Mitgliedern der Bundestagsfraktion

e)Der ordentliche Parteitag beschließt insbesondere über

- die Satzung der APPD;
- das Programm der APPD;
- Aufnahme und Aberkennung von Ehrenmitgliedern;
- die kommerzielle Ordnung der Partei. Dies betrifft insbesondere Erschließung neuer finanzieller Quellen, Schritte zur Bildung von Parteivermögen sowie die Auseinandersetzung über Erhebung und Verpassung von Beiträgen und Spenden;
- Maßnahmen zur Förderung von Rückverdummung und Digitalisierung innerhalb der Partei;
- Annahme oder Ablehnung des Tätigkeitsberichts des Vorstands, wobei hier lustpolitische Grundsätze der Partei berücksichtigt werden sollten. Der finanzielle Teil ist durch vom Parteitag vorher gewählte Rechnungsprüfer auf nicht pogo-anarchistische Weise einbehaltene oder ausgegebene Gelder sowie andere Fehler zu überprüfen;
- die Schiedsgerichtsordnung sowie darüber, wie bei un-pogo-anarchistischem Verhalten gegen die beklagenswerten Kamernossen und Kamernossinnen vorzugehen ist;
- Vorschläge für die Neugliederung Deutschlands gemäß dem Programm der APPD;
- Bündnisse, Verschmelzungen mit anderen Parteien oder Organisationen;
- Teilnahme an Bundestags- und Europawahlen.

f)Der ordentliche Parteitag der APPD wählt in geheimer Wahl die Mitglieder des Bundesvorstandes sowie die Mitglieder des Bundesschiedsgerichts.

g)Zur Beschlussfassung sind mehr als 50% der abgegebenen gültigen Stimmen der ordentlichen Kamernossen und ordentlichen Kamernossinnen notwendig.

h)Satzungsänderungen zur Weiterentwicklung pogo-anarchistischer Politik bzw. des pogoanarchistischen Parteilebens sind mit 7/13-Mehrheit möglich.

i)Protokollführer ist ein ordentlicher Kamernosse oder eine ordentliche Kamernossin.

j)Beschlüsse werden durch den Vorstand der APPD beurkundet und ausgedruckt.

k)In besonderen politischen Situationen, die schnelle Entschlüsse erfordern sowie aus Gründen, die der Werbewirksamkeit der Partei in der Öffentlichkeit nützt, z.B. vor Wahlen, kann eine besondere Mitgliederversammlung, der unordentliche Parteitag, einberufen werden. Zu diesem unordentlichen Parteitag entsenden die Gebietsverbände sowie die Cyberpace-Verbände ihre fähigsten Kamernossen und Kamernossinnen.

l)Die Einladung hierzu sollte in der Regel schriftlich, kann aber in dringenden Fällen auch mündlich erfolgen.

m)Die Einberufung eines unordentlichen Parteitages kann in besonders dringenden Fällen ohne zeitliche Beschränkung sehr kurzfristig erfolgen.

n)Für die Mitglieder- und Vertreterversammlung der Landesverbände, genannt ordentlicher Landesparteitag, der weiteren Gebietsverbände, genannt ordentliche Hauptversammlung, und der Cyberspace-Verbände, genannt Cyberspace-Hauptversammlung, sowie dem Cyberspace-

Backbone, genannt Cyberspace-Parteitag, gelten ähnliche Regelungen wie für den ordentlichen Parteitag der APPD. Sie setzen sich aber zusammen aus:

- bei einer Mitgliederversammlung aus den erschienenen ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen.
- bei einer Vetreterversammlung aus den erschienenen gewählten Vertretern der Gebietsverbänden/der Cybespace-Verbände;
- den erschienenen Mitgliedern der jeweiligen Vorstände;
- den erschienenen Mitgliedern der jeweiligen Schiedsgerichte;

o) Ein ordentlicher Parteitag der Landesverbände und des Cyberspace-Backbones beschließt insbesondere über:

- die Satzung des Landesverbands und des Cyberspace-Backbones;
- Teilnahme an Landtags-, Bezirks-, Kreistags- und Kommunalwahlen
- den Ausschluß von Kamernossen und Kamernossinnen mittels Schiedsgerichtsverfahren
- der Auflösung von untergeordneten Verbänden mittels Schiedsgerichtsverfahren
- die Wahl der Ehrenmitglieder des Landesverbands und des Cyberspace-Backbones

§6.3. Der Bundesvorstand

a) Der Bundesvorstand der APPD besteht aus mindestens drei, höchstens jedoch fünf gewählten Mitgliedern

b) Der Bundesvorstand der APPD wird für die Dauer von zwei Jahren in folgender Reihenfolge durch den ordentlichen Parteitag in demokratischer geheimer Wahl bestimmt:

- Bundesvorsitzende(r), parteiintern "Großadministrator/in" genannt.
- stv. Bundesvorsitzende(r), parteiintern "Administrator/in" genannt.
- Schatzmeister(in), parteiintern "Koko" (kommerzielle/r Koordinator/in) genannt.
- 1. Beisitzer/in, parteiintern "Inspektor/in" genannt.
- 2. Beisitzer/in, parteiintern "Polit-Kommissar/in" genannt.

c) Der Bundesvorstand der APPD benennt ein Mitglied aus seinen Reihen zum Chefideologen/zur Chefideologin. Der Chefideologe/die Chefideologin ist für die Weiterentwicklung und Klärung von Grundsatzfragen pogo-anarchistischer Politik verantwortlich.

d) Der Bundesvorstand der APPD ist für die Funktion der Partei verantwortlich, und führt die Geschäfte nach Gesetz, pogo-anarchistischem Geist, Zielsetzungen und Beschlüssen der ordentlichen Parteitage.

e) Der Bundesvorstand entscheidet über die Teilnahme an Wahlen zu Volksvertretungen. Hierbei bleibt die Autonomie der Entscheidung einer Wahlteilnahme der Gebietsverbände unberührt.

f) Bundesvorstandsmitglieder haben die Möglichkeit, mit persönlicher Anwesenheit, aber auch per Internet-Chatting an gemeinsamen Vorstandssitzungen teilzunehmen.

g) Der Bundesvorstand der APPD kann mindestens einmal jährlich zum Tag der Partei aufrufen, zu dem alle Mitglieder eingeladen sind. Er hat sicherzustellen, dass in unmittelbarer Nähe des Veranstaltungsortes ausreichende Möglichkeiten zur Befriedigung pogo-anarchistischer Bedürfnisse vorhanden sind (Trink- und Spielhallen, Videotheken, Sex-Shops etc.).

h) Der Bundesvorstand der APPD ist Besitzer und Verwalter aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögens und setzt dieses als Transmissionsriemen zur Verdeutlichung pogo-anarchistischer Inhalte ein.

i) Der Bundesvorstand hat die Aufgabe, parteieigene Gelder auf eine Weise zu verprassen, die der Darstellung pogo-anarchistischer Politik in der Öffentlichkeit dient.

j)Der Bundesvorstand der APPD ist berechtigt, grundsätzliche Programmaussagen der Partei nach Gutdünken zu treffen oder geltende Aussagen zu ändern. Durch den Vorstand der APPD getroffene Grundsatzaussagen müssen auf dem nachfolgenden ordentlichen Parteitag bestätigt werden, um weiterhin Verbindlichkeit zu erlangen.

k)Durch Votum von mindestens 20% der ordentlichen Kamernossen und Kamernossinnen kann ein Antrag auf eine Eliminierung bzw. Amtsenthebung des Bundesvorstand eingeleitet werden. Der Bundesvorstand beruft daraufhin einen ordentlichen Parteitag in Form einer Mitgliederversammlung ein, der über die Amtsenthebung endgültig entscheidet. Im Falle eines sofortigen Rücktritts muß der Vorstand einen kommissarischen Vorstand ernennen, der die Neuwahl des Vorstands bzw. den dafür nötigen ordentlichen Parteitag veranlaßt.

§6.4. Die Landesvorstände, der Cyberspace-Backbone-Vorstand und die Vorstände der weiteren Gliederungen

a)Sofern nicht durch eine Landesatzung oder Cyberspace-Backbone-Satzung anders bestimmt, gelten für die jeweiligen Landesvorstände, dem Cyberspace-Backbone-Vorstand und die Vorstände der weiteren Gliederungen ähnliche Bestimmungen wie für den Bundesvorstand.

b)Der Landesvorstand besteht aus mindestens drei, höchstens aber fünf Mitgliedern und wird für die Dauer von zwei Jahren in folgender Reihenfolge durch den ordentlichen Landesparteitag in demokratischer geheimer Wahl bestimmt:

- Landesvorsitzende/r, parteiintern "Verweser/in" genannt.
- stv. Landesvorsitzende/r, parteiintern "Statthalter/in" genannt.
- Schatzmeister/in, parteiintern "Kommerzienrat/Kommerzienrätin" genannt.
- 1. Beisitzer/in, parteiintern "Geheimrat/Geheimrätin" genannt.
- 2. Beisitzer/in, parteiintern "Protector/in" genannt.

c)Der Cyberspace-Backbone-Vorstand besteht aus mindestens drei, höchstens aber fünf Mitgliedern und wird für die Dauer von zwei Jahren in folgender Reihenfolge durch den ordentlichen Cyberspace-Parteitag in demokratischer geheimer Wahl bestimmt:

- Vorsitzende/r
- stv. Vorsitzende/r
- Schatzmeister/in
- 1. Beisitzer
- 2. Beisitzer

Es ist dem Vorstand freigestellt sich über eine Satzung parteiinterne Nennungen zu geben.

d)Die Vorstände weiterer Gliederungen bestehen aus mindestens drei, höchstens aber fünf Mitgliedern und werden für die Dauer von zwei Jahren in folgender Reihenfolge durch die ordentliche Hauptversammlungen in demokratischer geheimer Wahl bestimmt:

- Vorsitzende/r
- stv. Vorsitzende/r
- Schatzmeister/in
- 1. Beisitzer
- 2. Beisitzer

Es ist dem Vorstand freigestellt sich über eine Satzung parteiinterne Nennungen zu geben.

§6.5. Der Pogofinanzrat

Der Pogofinanzrat setzt sich zusammen aus dem/der Schatzmeister/in der APPD sowie den Schatzmeister/innen der Landesverbände und dem/der Schatzmeister/in des Cyberspace-Backbones. Er berät über die satzungsgemäße Verwendung von Parteigeldern und koordiniert die Erstellung der Rechenschaftsberichte.

§6.6. Die Schiedsgerichte

a) Bei Bundesverband, Landesverbänden und Cyberspace-Backbone bestehen Schiedsgerichte. Die Aufgabe der Schiedsgerichte ist

- Schlichtung von Streitigkeiten über die Verwendung von Geldern, zwischen zur Aggressivität neigenden besonders asozialen Mitgliedern sowie die Klärung von Verleumdungen, Beschuldigungen und Intrigen zwischen Mitgliedern und Gliederungen untereinander.
- Ordnungsmaßnahmen gegen Gliederungen, Parteiorgane oder einzelne Mitglieder auszusprechen.

b) Das Bundesschiedsgericht besteht aus:

- 1. Schiedsrichter/in
- 2. Schiedsrichter/in
- 3. Schiedsrichter/in

dieses wird in einer geheimen Wahl während eines ordentlichen Parteitages für die Dauer von vier Jahren gewählt. Das Schiedsgericht kann im Einzelfall von bis zu zwei Beisitzern pro Streitteil, die von den Streitteilen paritätisch vor dem Prozess benannt werden, besetzt werden.

c) Über die Form der Landesschiedsgerichte und des Cyberspace-Backbone-Schiedsgerichts entscheiden die jeweiligen Verbände eigenständig über ihre Satzung.

d) Die Schiedsgerichte haben in besonders komplizierten und schwerwiegenden Fällen den Rat der Ehrenmitglieder einzuholen.

e) Die genauen Verfahrensbestimmungen regelt die Schiedsgerichtsordnung unter Anhang 1 dieser Satzung.

§7. Auflösung der APPD oder Verschmelzung mit anderen Parteien

a) Die Auflösung von Bundesverband, Landesverbänden oder Cyberspace-Backbone sowie ihre Verschmelzung mit anderen Parteien kann durch die jeweiligen ordentlichen Parteitage/Landesparteitage/Cyberspace-Parteitage beschlossen werden.

b) Anschließend muß eine Urabstimmung der Mitglieder über diesen Beschluß innerhalb von drei Monaten erfolgen, wobei die Mehrheit der abgegebenen Stimmen den Beschluß bestätigt, ändert oder aufhebt.

c) Die Urabstimmung wird von dem jeweiligen Vorstand durchgeführt und vom Schiedsgericht überwacht.

d) Im Fall der Auflösung der APPD wird das Parteivermögen restlos bei einer Auflösungsfeier verprasst.

Anhang

Schiedsgerichtsordnung

- a) Am Schiedsgerichtsverfahren nehmen die Mitglieder des Schiedsgerichts, Antragsteller, Antragsgegner und Zeugen teil.
- b) Eine gleichlautende Beiladung ist allen Beteiligten zuzustellen.
- c) Antragsberechtigt ist jedes Mitglied, alle Parteiorgane sowie 20% einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung durch Beschluß.
- d) Jeder Antrag ist schriftlich zu begründen, mit Beweismitteln zu versehen und in achtfacher Ausfertigung vorzulegen.
- e) Mitglieder des Schiedsgerichts können wegen Befangenheit abgelehnt werden, sofern ein wichtiger Grund dafür vorliegt. Über den Befangenheitsantrag entscheidet das Schiedsgericht ohne ihr abgelehntes Mitglied mit mehrheitlichem Beschluß.
- f) Die Verfahrensvorbereitung liegt in den Händen des/der 1. Schiedsrichter/in. Er oder sie legt Ort und Zeit der mündlichen Verhandlung fest. Die Termineinladung erfolgt schriftlich und muß Ort und Zeit der Verhandlung enthalten. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen, kann aber im Einvernehmen mit den Beteiligten verkürzt werden.
- g) Die mündliche Verhandlung ist für ordentliche Kamernossen und Kamernossinnen öffentlich.
- h) Über den Verlauf der Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das allen Beteiligten unverzüglich zugänglich gemacht wird.
- i) Entschieden wird durch nichtöffentliche Beratung des Schiedsgerichts. Es wird der Beschluß gefasst, welcher die meisten Stimmen erhält. Die Entscheidung ist von den Mitgliedern des Schiedsgerichts zu unterzeichnen und den Beteiligten des Verfahrens innerhalb von 8 Wochen zuzustellen.
- j) Gegen eine Entscheidung des Schiedsgerichts kann der/die Betroffene innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung der Anordnung Widerspruch einlegen. Der/die Betroffene ist in dem Beschluß über die Rechtsmittel zu belehren.